



Berliner **Einblick:**

18. September 2014 | Nr. 11

Schwere Krisen und Entscheidungen

Kurden werden im Kampf gegen IS-Terror unterstützt

Die Entscheidung für Waffenlieferungen in den Nordirak hat sich die Bundesregierung und mit ihr auch die SPD-Bundestagsfraktion nicht leicht gemacht. Das Dilemma zwischen den beiden richtigen grundsätzlichen Entscheidungen „Keine Waffen in Krisengebiete“ und „nicht zusehen, wie gemordet wird“ lässt sich nicht befriedigend auflösen.

Die Lage im Irak und in der gesamten Region ist dramatisch. Die Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) bedroht das Leben von Millionen Menschen. Die Stabilität des Iraks ist in Gefahr. Kontensperrungen veranlasst. Die Bundesregierung hat erklärt, dass es die humanitäre Verantwortung Deutschlands ist, zu helfen. Deshalb wurden umgehend Hilfsleistungen

Die Vereinten Nationen haben bereits mehrere Resolutionen verabschiedet, um den IS in der Krisenregion zu isolieren und ihn von (finanzieller) Unterstützung abzuschneiden. Ziel ist (z. B. Nahrungsmittel und medizinisches Material) für den Nordirak in Höhe von bislang rund 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Die humanitäre Hilfe muss aber zu



Liebe Leserinnen und Leser,

Liebe Grüße

Katarina



Außenminister Frank-Walter Steinmeier hat einen schweren Job Foto: Achim Melde/DBT

es, die Rekrutierungswege abzuschneiden und Finanzwege auszutrocknen. Dazu gehört auch die Androhung von Sanktionen gegenüber allen, die den IS weiter unterstützen. Für sechs Hintermänner der Terroristenorganisation wurden Reiseverbote verhängt und den Opfern gelangen. Diese Sicherheit können den zivilen Helferinnen und Helfern derzeit nur die kurdischen Peschmerga sichern. Waffen, Munition und weitere militärische Ausrüstung sollen die kurdische Regionalregierung im Kampf gegen den IS stärken. Lief-

Fortsetzung: Schwere Krisen und Entscheidungen

Kurden werden im Kampf gegen IS-Terror unterstützt

nung und Übergabe werden auf vom Bürgerkrieg nicht unmittelbar betrofenem und sicherem Gebiet erfolgen.

Die Unterstützungsleistungen der Bundesregierung sollen helfen, die akute humanitäre Krise im Nordirak zu lindern und die Region zu stabilisieren. Sie sind eingebettet in einen politischen Ansatz. Ziel aller diplomatischen Bemühungen ist eine nachhaltige Befriedung der Region.

Zum aktuellen Zeitpunkt kann niemand sagen, wie schnell dieses Ziel erreicht werden kann. Auch gibt es bei Politikern, Wissenschaftlern und Kenner der Region berechtigte Zweifel, ob dieses Ziel überhaupt erreicht werden kann. In den vergangenen Wochen habe ich mir die Argumente aller Seiten angehört und abgewogen.

Persönlich bin ich zu dem Schluss gekommen, dass mir ein robustes UN-Mandat für eine Friedensmission lieber gewesen wäre, als die jetzt getroffene Entscheidung, nur mit Waffenlieferungen und anderen Gütern Hilfe zur Selbsthilfe anbieten zu können. Denn eine große Ungewissheit besteht ohne Frage: Wem fallen die Waffen, die jetzt geliefert werden, letztlich in die Hände? Welche Auswirkungen hat eine weitere



Humanitäre Hilfe ist im Mittelpunkt des Krisenmanagements Foto: Rudolf Ortner / pixelio.de

Aufrüstung der Region für potenzielle weitere Konflikte? Auch diese Fragen kann aber heute niemand sicher beantworten.

Vor diesem Hintergrund ist mir die persönliche Gewissensentscheidung sehr schwer gefallen. Aber wenn wir die einzigen, die dem IS bisher Einhalt gebieten konnten, nicht unterstützen, überrennen die Extremisten weitere Gebiete. Ihr Ziel ist die Einnahme aller heiligen Stätten, also auch Jerusalem und Mekka.

Mehr denn je kommt es in dieser schwer vorhersehbaren Konfliktsitu-

tion im Nordirak auf eine kluge und bedachte Außenpolitik an.

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind der Friedenspolitik verpflichtet – in Europa und in der Welt. Dazu gehören als Prinzipien: gemeinsame Sicherheit, politische Konfliktlösung, Achtung des Völkerrechts und internationale Zusammenarbeit. Frank-Walter Steinmeier vertritt diese Richtlinien deutscher Außenpolitik. Ich bin froh, dass er und die SPD in dieser krisenhaften Zeit, Verantwortung für die deutsche Außenpolitik tragen.

Katarina Barley

Nachruf auf unseren verdienten Genossen Joachim Mimler aus Temmels

Unser langjähriges SPD-Mitglied Joachim Mimler aus Temmels ist am Montag, dem 8. September im Alter von 63 Jahren verstorben. Die Sozialdemokratie hat einen großartigen Mitstreiter und Freund verloren.

Seit 1979 hat Joachim die politischen Geschicke in Temmels mitbestimmt. Erst als Mitglied im Ortsgemeinderat und seit 1994 zwanzig Jahre lang als Ortsbürgermeister. Auch im Verbandsgemeinderat Konz konnte die SPD auf ihn zählen. Joa-

chim hat voller Leidenschaft für die SPD sowie die Interessen der Bürgerinnen und Bürger in Temmels gekämpft. Dabei ist er auch schwierigen Auseinandersetzungen nicht aus dem Weg gegangen. Sein Wirken wird nicht in Vergessenheit geraten.

Mit Joachim Mimler hat die SPD einen wichtigen Mitstreiter für ihre Ideale und einen großartigen Menschen verloren. Joachim wird uns in der SPD und den Menschen in Temmels sehr fehlen.

Katarina Barley

Gesetz zur Stärkung der Pflege auf den Weg gebracht

2,4 Milliarden Euro zur Verbesserung der häuslichen und stationären Pflege

Das erste Gesetz zur Stärkung der Pflege soll mehr Leistungen in der stationären Pflege und Entlastungen für Pflegebedürftige und deren Angehörige in der häuslichen Pflege bringen. 2,4 Milliarden Euro sollen zur Verfügung gestellt werden. Durch die Schaffung eines Pflegefonds mit einem Gesamtvolumen von zusätzlich 1,2 Milliarden Euro wird die Pflegeversicherung fit für die zukünftig wachsende Anzahl von Pflegebedürftigen gemacht.



Die Bundesregierung stärkt die Pflege

Foto: Rainer Sturm / pixelio.de

Die SPD-Bundestagsfraktion will die Pflege verbessern und es damit allen Menschen in Deutschland ermöglichen, in Würde zu altern. Um eine angemessene Versorgung auch für die Zukunft zu gewährleisten, beinhaltet der vorliegende Gesetzesentwurf in der stationären Pflege die Verbesserung des Zahlenverhältnisses von Betreuungskräften und Pflegebedürftigen. Hierzu wird die Schaffung von 45.000 Stellen für Betreuungskräfte möglich gemacht. Außerdem werden die Erstattungsbeträge um vier Prozent angehoben, um die Preissteigerung der vergangenen Jahre auszugleichen. Heute werden etwa zwei Drittel aller 2,5 Millionen Pflegebedürftigen in Deutsch-

land zu Hause gepflegt – in erster Linie ist es wichtig, ihre gewohnte Umgebung nicht zu verlassen. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Wunsch auch in Zukunft respektiert werden kann.

Gerade hierzu schafft der Gesetzesvorschlag umfassende Erleichterungen. So wird den zu Hause Pflegenden – neben weiteren Maßnahmen – mit Verbesserungen in der Kurzzeit- und Verhinderungspflege, sowie mit Unterstützung bei der Tages- und Nachtpflege geholfen. Darüber hinaus wird ein weiteres Gesetz, das ebenfalls im Januar 2015 in Kraft treten soll, Berufstätigen ermöglichen, die kurzfristig die Pflege eines Angehörigen organisieren müssen, zu die-

sem Zweck bis zu zehn Tage bezahlten Urlaub zu nehmen.

Um den künftig steigenden Bedarf an Pflegekräften und –einrichtungen abzufedern, wird zudem ein Vorsorgefonds für die Pflege mit einem Inhalt von 1,2 Milliarden Euro geschaffen. Finanziert werden die Verbesserungen durch eine leichte Anhebung des Beitrages zur Pflegeversicherung um 0,3 Prozentpunkte.

Der vorliegende Gesetzesentwurf soll voraussichtlich im Oktober 2014 beschlossen werden und nach Zustimmung des Bundesrates zum 1. Januar 2015 in Kraft treten.

Langfristiges Ziel für diese Wahlperiode ist es, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, die Pflegebedürftigkeit neu zu definieren, sodass die Unterscheidung zwischen körperlich und kognitiv eingeschränkten Bedürftigen wegfällt, wovon gerade Demenzkranke profitieren würden. Auch soll die Schwere der Pflegebedürftigkeit künftig in fünf anstatt drei Stufen angegeben werden, um jeden einzelnen besser nach seinem Bedarf unterstützen zu können. Der SPD ist wichtig, dass Menschen, die Jahrzehnt lang die Solidargemeinschaft getragen haben, sich im Alter auf diese verlassen können.

Autor: Lukas Dürrnagel

Student der Politikwissenschaft & Philosophie in London und Praktikant im Berliner Abgeordnetenbüro von Dr. Katarina Barley

IMPRESSUM

Berliner **Einblick**: – 18.09.2014 – Herausgeberin: Dr. Katarina Barley, MdB – Redaktion und V.i.S.d.P.: Marcel Piest [map] – Anschrift: Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin – E-Mail: katarina.barley@bundestag.de – Redaktionsschluss: 15.09.2014

Was macht die „Konfliktkommission“?

Einblick-Serie: Neue Aufgaben, neue Herausforderungen

In der Bundestagsfraktion ist der juristische Rat von Katarina Barley gefragt. Als Justiziarin berät sie die Bundestagsabgeordneten zu rechtlichen Fragen. Als Mitglied in der „Konfliktkommission“ hilft sie im Streitfall bei der Suche nach gütlichen Einigungen zwischen Arbeitgeber/innen und Arbeitnehmer/innen.



Bei Streitigkeiten hilft die Konfliktkommission

Foto: Dieter Schütz / pixelio.de

Jedem bzw. jeder Bundestagsabgeordneten stehen monatlich 16.019 Euro Monatsbrutto für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Verfügung. Von diesem Geld können sie Schreibkräfte, Sachbearbeiter/innen, wissenschaftliche Mitarbeiter/innen, studentische Praktikanten beschäftigen. Die meisten Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion sind Mitglied der sogenannten Tarifgemeinschaft. Sie verpflichten sich gegenüber der Gewerkschaft ver.di und den dort organisierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zur Einhaltung einer Tarifvereinbarung. In dieser sind strengere Regelungen zum Beispiel zum Kündigungsschutz vereinbart.

Eine besondere Regelung betrifft die „gemeinsame Konfliktkommission der Tarifparteien“. Dieser Kommission gehören von Arbeitgeberseite vier Bundestagsabgeordnete und von Arbeitnehmerseite vier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an.

Katarina Barley ist Mitglied der Kom-

mission. Die Arbeit in der Konfliktkommission ist eine verantwortungsvolle Aufgabe. Gemeinsam überwachen die Mitglieder die Einhaltung des Tarifvertrages, entscheiden über beabsichtigte Kündigungen, beraten über Arbeitsbedingungen von Angestellten und sie beabsichtigen. Die meisten Belästigungen sowie sonstige Beschwerden werden.

Eine besondere Rolle kommt der Konfliktkommission bei Kündigungen zu. Wenn sich Bundestagsabgeordnete – die der Tarifgemeinschaft angehören – Mitarbeiter/innen kündigen möchten, ist vorher die Konfliktkommission einzuberufen. Das sind häufig keine einfachen Verhandlungen. Mitunter müssen Beweise

erhoben und die Beteiligten angehört werden. Ihre Beschlüsse fasst die Kommission mit einfacher Mehrheit. Dabei versuchen die Mitglieder in der Regel zu vermitteln, um gütliche Einigungen zu erzielen.

map

Nachruf auf einen großen Journalisten: Dieter Lintz

Am 10. August erreichte mich die Nachricht vom Tode Dieter Lintz'. Sie hat mich tief berührt.

Dieter Lintz war der erste direkte journalistische Kontakt, den ich zum Trierischen Volksfreund hatte. Als ich 2005 für das Amt der Landräatin im Kreis Trier-Saarburg kandidierte, schrieb Dieter Lintz meine „Homestory“. Wir hatten ein ausführliches Gespräch – über Politik, meine damalige Arbeit und auch über Privates. Die Nervosität vor dem Journalisten Dieter Lintz schwand. Ich fühlte mich respektiert, als Mensch und als Politikerin.

Besonders geschätzt habe ich seine Fairness. Im Umgang mit Menschen und in seinen Texten. Durch und durch politischer Mensch, hat er sich nie vor einen politischen Karren spannen lassen. Dieter Lintz wurde nur 55 Jahre alt. Er wird der Region als Journalist und als Mensch fehlen.

Katarina Barley



Neu im Bürgerbüro: Andreas Schleimer

Seit dem 16. September arbeitet **Andreas Schleimer** als neuer Mitarbeiter in meinem Trierer Bürgerbüro.



Gemeinsam mit Maria Dixius steht er für alle Fragen und Anliegen zur Verfügung. Meinem bisherigen Mitarbeiter Joachim Bell wünsche ich für seine private und berufliche Zukunft alles Gute.

Katarina Barley